

Bürgerinitiative "BETUWE - LINIE" - So nicht e.V.

Mitglied der
BUNDESVEREINIGUNG GEGEN SCHIENENLÄRM

Aktuelle Mitgliederinformation

Wesel, im Juli 2020

Liebe Mitglieder, sehr geehrte Förderer der Bürgerinitiative,

Auch in diesem Jahr wollen wir Sie über die aktuellen Ereignisse im Zusammenhang mit der geplanten „BETUWE-Linie“ informieren. Allerdings in einer besonderen Situation in den letzten 4 Monaten – der Corona-Krise. Als Folge davon wurden alle Sitzungen sowohl mit der Bahn als auch mit den Kommunen abgesagt. Das gilt bis heute. Lediglich in der Presse, im Internet und teils auch im Fernsehen konnten einige Entwicklungen verfolgt werden.

Nachfolgend die wichtigsten Informationen:

Seitens der Bahn ist in den einzelnen Kommunen einiges passiert. Nachdem schon im letzten Jahr der Baubeginn in Oberhausen erfolgte und für den Abschnitt Rees-Haldern der Planfeststellungsbeschluss vorlag, sind Ende 2019 bzw. Anfang 2020 die entsprechenden Beschlüsse für Dinslaken und Voerde (nicht Friedrichsfeld) eingegangen

Für Dinslaken wurde im Bereich Hiesfeld auf die Initiative der Anwohner die DBAG vom Eisenbahn-Bundesamt zu zusätzlichem Schallschutz aufgefordert. Diesen hatten die Sachverständigen der Bahn in unverantwortlicher Weise als unwirtschaftlich beurteilt. Dabei lagen die ermittelten Kosten für den Schallschutz weit unter denen, die bereits im Vorfeld anderswo vom EBA genehmigt worden waren und ebenso bei gerichtlichen Auseinandersetzungen verkündet wurden. Hier zeigt sich wieder einmal, dass die Aufgabenstellung der DBAG an die Sachverständigen ganz klar war, so billig wie möglich zu bauen. Wir gehen davon aus, dass auch in anderen Kommunen so verfahren wurde. Inzwischen wurde ebenso wie in Rees auch in Dinslaken mit den Bauarbeiten begonnen.

Im Gegensatz zur Reeser Politik bzw. Verwaltung hat die Politik in Voerde den eingebrachten Beschluss nicht akzeptiert. Das EBA hat nicht einen einzigen Einwand von Bürgern und Kommune berücksichtigt, sei es zum Thema Schallschutz, Bahnhofsgestaltung oder Bahnkreuzungen. Man wird deswegen vor dem Bundesverwaltungsgericht klagen. Das begrüßen wir sehr, denn hier werden erstmals die Belange der direkt Betroffenen von den Verantwortlichen berücksichtigt. Selbst wenn man im Verfahren unterliegen sollte, zeigt dies, dass man sich nicht alles gefallen lässt. Leider ist zu befürchten, dass die Klage abgewiesen wird, denn das Gericht hat in der Vergangenheit fast immer zugunsten der Bahn entschieden. Warten wir es ab.

Auch in Ob-Sterkrade konnten aufgrund der Aktivitäten der Bürgerinitiative und Anwohner etliche Verbesserungen bei der Bahnplanung erreicht werden, auch hier speziell in Sachen Sicherheit, erhöhtem Schallschutz und dem Bahnhofstunnel.

Aktuell tut sich einiges in Emmerich, nachdem die aktuellen Planungen ausgelegt wurden. Hier versuchen die Bürgerinitiativen, mit Unterstützung des NABU und z.T. der Verwaltung eine – auch von Experten – als nicht sinnvoll beurteilte Planung noch zu verhindern. Sowohl die Planung des zukünftigen Bahnhofsbereichs als auch die von der Bahn bevorzugte Abgrabung des Eltenbergs mit vielen Bäumen stehen in der Diskussion. Wir wünschen den Freunden in Emmerich viel Durchhaltevermögen und Erfolg bei diesen Aktionen.

Auch in Sachen Streckensicherheit hat sich einiges getan. Nach den Beschlüssen der Politik in 2019 wurde in den einzelnen Kommunen die Sicherheitsvorkehrungen entscheidend verbessert. Zwar wurden nicht alle Forderungen der örtlichen Feuerwehren erfüllt, aber im Gegensatz zu den ersten – wiederum von Billiglösungen geprägten – Planungen konnten wesentliche Punkte so verbessert werden, dass man damit leben kann. Inzwischen hat auch das Eisenbahn-Bundesamt diesen Vorschlägen zugestimmt.

Wir wissen natürlich, dass es keinen 100%-igen Schutz geben kann, und die Bahn sicher in Sachen Gefahrguttransporte die bessere Alternative ist. Allerdings haben wir noch erhebliche Zweifel an der sicheren und schnellen Funktion der Kommunikationswege, die uns in den Beschlüssen dargestellt werden.

Deswegen wurde auf unsere Initiative hin eine Übung durchgeführt, die diese Wege für einen Ernstfall testen sollte. Diese Übung fand am 7. Oktober 2019 in Kooperation mit den Feuerwehren in Emmerich statt. Es wurde ein Zug aus Österreich mit einigen offensichtlichen Gefahrgutwaggons ausgewählt. Ziel der Übung war, festzustellen, wie schnell die Feuerwehr bzw. die beteiligten Behörden an die benötigten Informationen kommen. Hier wurden einige Schwachstellen in der elektronischen Informationsübermittlung offen gelegt, die hoffentlich inzwischen beseitigt wurden. Aufgrund Corona konnte dies bis jetzt nicht festgestellt werden. Allerdings kann der Erfolg für die Bahn nur eingeschränkt bestätigt werden, da sie vorher von dem Test informiert wurde. Weiterhin ist immer noch fraglich, ob der Notfallmanager der Bahn rechtzeitig am Unglücksort erscheint, um die Strecke elektrisch zu sichern. Niemand möchte einen derartigen Unfall erleben, aber es stellt sich sicher die Frage nach Verantwortlichkeiten wenn es zu einer Katastrophe kommen sollte.

Wie sich im vergangenen Jahr gezeigt hat, haben die Gespräche mit der Politik für uns nichts gebracht, weder auf Landes- noch auf Bundesebene. Im Gegenteil – Erfolge der Bürgerinitiativen in Dinslaken und Wesel haben sich die lokalen Bundespolitiker an die eigene Brust geheftet – es ist eben schon Wahlkampf.

Die Bahn versucht immer wieder in Einzelgesprächen, die Kommunen und auch die Bürgerinitiativen auseinander zu dividieren. Das ist glücklicherweise im großen Stil noch nicht gelungen, obwohl es Ansätze dazu gibt.

Der Projektbeirat hat im Februar mal wieder getagt. Hier sind neben der Deutschen Bahn das Eisenbahn-Bundesamt, die Bundes- und Landesverkehrsministerien, die regionalen Bundestagsabgeordneten sowie die IHK vertreten. Da diese Veranstaltung wieder mal absolut nichts für uns gebracht hat, müssen wir uns überlegen, weiterhin als Alibi daran teilzunehmen, so nach dem Motto „Sie waren doch dabei“! Allerdings wollen wir uns nicht dem Vorwurf aussetzen, den Gesprächsfaden von uns aus abzureißen.

Die vom Bundesverkehrsministerium schon 2018 geforderte Kostenermittlung für die Forderungen der einzelnen Kommunen wurde zwar schon im letzten Jahr fertig gestellt, aber bisher weitgehend von der Politik ignoriert. Unsere MdB's sollten damit einen Nachtrag erreichen. Dies ist jedoch bis heute nicht geschehen und das wird es auch voraussichtlich nicht.

Wie geht es weiter?

Wir bleiben natürlich weiter aktiv und werden Sie bei konkreten Anlässen sofort unterrichten.

Der Planfeststellungsbeschluss für Wesel wird voraussichtlich gegen Ende 2020 vorliegen. Hier wird sich zeigen, ob das Eisenbahn-Bundesamt unseren guten Argumenten aus den Erörterungen folgt und ggf. Verbesserungen anmahnt. Bei den Punkten „Erschütterungen“ und „Wertverlust“ sind wir immer noch nicht weitergekommen, erhoffen uns jedoch Verbesserungen aufgrund unserer aktiven Einflussnahme bei den Erörterungen. Auch wird man abwarten müssen, ob sich die Rechtsprechung in den nächsten Jahren anwohnerfreundlicher zeigt. Das werden wir u.a. auf unserer nächsten Mitgliederversammlung vorstellen, spätestens jedoch, wenn der Planfeststellungsbeschluss vorliegt.

Bitte verfolgen Sie auch die Berichterstattung in der Presse. Nachdem wir Sie jetzt auf den neuesten Informationsstand gebracht haben, wünscht der Vorstand Ihnen und Ihren Familien noch eine ruhige und stressfreie Urlaubs- und Sommerzeit. Und bleiben Sie gesund!

Weitere Informationen erhalten Sie über unsere Internetseiten

www.betuwe-wesel.de

www.betuwe-niederrhein.de

www.betuwe-gefahr.de

Bürgerinitiative BETUWE – So nicht! - Der Vorstand

Bitte teilen Sie uns doch mit, wenn Sie per E-Mail erreichbar sind (g.bork@t-online.de)